

**Bezugspreise:**  
für Halle monatlich bei zweimaliger  
Ausstellung 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 Mf., durch die Post monatl.  
6,25 Mf., vierteljährlich 23,75 Mf.  
einschl. Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
amtlich. Zeitungsverzeichnis unter  
Econo-Zeitung eingetragen. Für  
unverlangt eingegangene Manu-  
skripte wird keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Quellenangabe. Econo-Zeitung ge-  
staltet. Fernr. der Schriftleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abtg. Nr. 1103  
u. 1133, der Bezugs-Abtg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

# Walden-Zeitung

**Anzeigenpreise**  
Die 8 gepaltene 34 mm breite Wälz-  
metzelle über deren Raum 60 Pf.,  
Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen  
die 22 mm breite Wälzmetzelle  
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle, a. familiär.  
Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort  
Halle. Ersetzt täglich 2 mal,  
Sonntags und Montags 1 mal.  
Schriftleitung und Haupt-Ge-  
schäftsstelle: Halle, Neue Drome-  
ade 13, St. Draußenstr. 17.  
Neben-Geschäftsstellen: Orosch  
Wirtschafts 52 am Markt 24.  
Verlags-Konto Leipzig Nr. 4000

Sechshundertfünfundsechzigster Jahrgang.

Nr. 227.

Halle, Donnerstag, den 19. Mai 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

## Lloyd George gegen die französische Hezypresse.

Von London nach Brüssel.

Der Gedanke, schon in nächster Zeit eine neue Kon-  
ferenz der Alliierten einschließlich der Vereinigten Staaten  
mit Deutschland über die praktische Durchführung insbe-  
sondere der rein finanziellen Bestimmungen des Londoner  
Ultimatums zu veranstalten, legt es nahe, einen Rückblick  
auf die einzige internationale Nachkriegskonferenz zu werfen  
(Brüssel, Finanzkonferenz 1920), auf der die Stimme wirt-  
schaftlicher Vernunft und Klarheit zu hören war. Das Lon-  
doner Ultimatum enthält kein Hindernis, namentlich in der  
praktischen internationalen Handels- und Finanzpolitik an  
das anzuknüpfen, was in Brüssel vorbereitet wurde, ange-  
sichts der politischen Verwerflichkeit und Verwirrung der  
Regierungen damals aber farblose Theorie bleiben müßte.  
Ein erfreulicher Zufall hat vor einigen Wochen den Wirt-  
schaftsprofessor Dr. Lehmann veranlaßt, eine zusammen-  
fassende Besprechung über die Arbeiten der Konferenz im  
Schmollerischen Jahrbuch zu veröffentlichen, die er noch heu-  
terlich mit den Worten schloß, daß diese Arbeiten einmal ver-  
wertet werden können, wenn Bereitwilligkeit zu solcher  
Aktion einmal vorhanden sein wird. Wir möchten hoffen,  
daß schon jetzt diese Bereitwilligkeit besteht und die Klä-  
rung des wirtschaftlichen und politischen Chaos des Welt-  
krieges endlich beginnt.

Das, was uns unter den Materialien am beachtlichsten  
erscheint, sind die Entschlüsse der Kommission über finan-  
zielle, kredit- und währungspolitische sowie handels-  
politische Fragen. Die Finanzreformkommission berichtete  
der Hauptversammlung der Konferenz von dem dieser ge-  
billigten Vorschlag: Dringendes Bedürfnis sei eine Ein-  
schränkung der Ausgaben, da ohne sie der Junahme des  
Zirkulationsumsatzes, der Erneuerung und der Verschönerung  
und Unfähigkeit der Wirtschaft nicht entgegen ge-  
wirkt werden könne; die ordentlichen Ausgaben einschließlich  
des Schuldendienstes müssen durch wiederkehrende Einnahmen  
gedeckt werden; die Militärausgaben sind auf ein Mindest-  
maß zu beschränken; der Staat hat alle unproduktiven Aus-  
gaben zu unterlassen. Hierbei wurden besonders die Zu-  
schüsse der Staaten zu künstlicher Preisserhöhung von  
Kohle und Brot verworfen. Die Verkehrsunternehmen, Eisen-  
bahn und Post, müssen sich aus eigenen Einnahmen  
erhalten. Kredit dürfe nur für Zwecke des Wiederaufbaus  
zerstörter Gebiete in Anspruch genommen werden. — Die  
Kredit- und Währungskommission führte ihre Verhand-  
lungen auf der Grundlage der sehr beachtlichen Vorschläge  
des niederländischen Dr. A. A. M. Er forderte 1. in jedem  
Land eine unabhängige Notenbank, die dem internationalen  
des Staates Widerstand leisten könne; 2. ein System der  
Parallelwährung nach dem Muster Chinas. In dem diesen  
Vorschlägen dann jedoch nicht folgenden Kommissionsbericht  
heißt es: Die Inflation besteht darin, daß im Krieg zulässig-  
ste Kaufkraft ohne Vermehrung der Sachgüter eingetreten  
ist. Da die Vermehrung des Zirkulationsumsatzes und der mobi-  
lisierten Bankguthaben dadurch vollzogen, daß die Regie-  
rungen Sachgüter bei der Zentralnotenbank zur Deckung  
ihres Bedarfs disponieren, so ist eine Gesundung der  
Staatsfinanzen durch Reduktion der Staatsausgaben durch  
Staatsentnahmen Vordingung für die Gesundung der Wirt-  
schaft. Voraussetzung für die Steigerung und Deflationierung  
der Produktion ist die Freiheit für den internationalen  
Warenaustausch. In der Währungsfrage wurde die  
Rückkehr zur Goldwährung empfohlen, mit dem Zusatz, daß  
eine Relation zwischen Gold und den entwerteten Wäh-  
rungen im Augenblick noch nicht fixiert werden könne, hier  
vielleicht erst mit Vorzicht nach einer Destabilisation zu streben sei.  
Die handelspolitische Kommission hatte an den Anfang  
ihres Berichtes die These gestellt, daß die im Kriege ein-  
geführten Handelsbeschränkungen fallen müssen. Die Präzis,  
verschiedene Preise für Inland und Ausland zu nehmen,  
müsse überwunden werden. Der Weltbedarf wird ge-  
deckt, die dankbare Aufgabe dafür zu übernehmen, daß den  
Ländern, die Rohstoffe zu ihrer Wiederverwertung bedürfen,  
zeitweilige kaufmännische Kredite zu deren Erlangung ge-  
geben werden. Die Wiederherstellung der verkehrswirt-  
schaftlichen Verbindungen zwischen den einzelnen Wärrten der  
Welt wird als eine der wichtigsten Voraussetzungen interna-  
tionaler Wirtschaftsgelungen bezeichnet.

Ein Uebersicht über diese Berichte zeigt bereits, welche  
politischen Aufgaben jetzt in der Durchführung des Londoner  
Ultimatums vor der deutschen Reichsregierung stehen. Es  
geht jetzt mit äußerster Energie endlich ein Steuerpro-  
gramm geschaffen werden, daß dem Staat Einkommen bringt, ohne  
daß diese Einnahmen sofort von dem Steuerkummer aus-  
gelassen werden und ohne daß die Einzelquelle selbst zer-  
fällt und die Steuermoral vernichtet wird. Wir müssen zu  
höherer Produktionsförderung gelangen, aber in Freiheit  
und nicht in organisatorischem Zwang. Man lese bei uns  
in Deutschland aufmerksam die nüchtern wirtschaftliche Sprache  
der Brüsseler Berichte nach, um daraus zu erkennen, daß für  
alles, was jetzt und in nächster Zeit weltwirtschaftlich ge-  
schehen oder angebahnt werden kann, die Erhaltung privatrecht-  
wirtschaftlicher, verwaltungsmäßiger, privatrechtlicher  
Freiheit Voraussetzung ist.

Vor einigen Tagen wurde in der Öffentlichkeit von  
einem Sozialisten Lager hingewiesen, daß es die Tagelöhner  
Sozialdemokraten in Deutschland lie, durch die Annahme des  
Ultimatums härteren Anteil genommen zu haben, daß der  
Wiederaufbau Europas und der Weltwirtschaft erfolgreich  
im kapitalistischen Geis jetzt begonnen und durchgeführt wer-

den könne. Die Regierung und die verantwortungsbewußten  
Parteien des Parlamentes werden sich dies vor Augen zu  
halten haben. Unsere Rettung und unser Aufstieg liegt ge-  
boren in der Ausfüllung des Londoner Ultimatums durch  
das, was Brüssel vorbereitet hat. Dies Programm ist aber  
kapitalistisch, weder sozialdemokratisch-monopolistisch noch sozia-  
listisch. Der freien sozialen Wirtschaftspolitisch gehört  
diese Gegenwart, Staat und Wirtschaft beruhen in Gegen-  
wart und Zukunft in lebendiger latraträger Demokratie.

### Die Oberschlesische Frage.

„Daily Telegraph“ meldet aus New York,  
ein großer Teil der amerikanischen Presse, der sonst Frank-  
reich gegenüber sehr freundlich gestimmt sei, habe nachrück-  
lich die Gefahr einer Verzögerung der ober-schlesischen Re-  
gelung hervor und fordere, daß der Rat der Alliierten seine  
Macht tue.

Der „Petit Parisien“ glaubt feststellen zu können, daß  
von einer wesentlichen Besserung der Lage in  
Oberschlesien gesprochen werden könne. In erster  
Linie habe sich die polnische Regierung nochmals von den  
Aufständischen in Oberschlesien losgelöst in einer Note, die  
der Besatzungsverordnung mitgeteilt wurde. Als weiteren  
Grund der Enttarnung führt das Blatt an, daß die pol-  
nische Regierung ihren Generalaktual in Opatow als Urheber  
des falschen Gerüchtes über den Abschluß eines Waffenstill-  
standes zwischen den Aufständischen und General Le Rond  
überhaben habe. Diese Entscheidung habe demnach den  
Jorn Koriantz hervorgerufen, daß er nunmehr drohe, den  
als Nachfolger des Generalaktuals ernannte Generalaktual  
in Königsberg mit Gewalt an seiner Seite nach Oberschlesien  
zu verführen. — „Petit Parisien“ teilt ferner mit, daß  
Graf Sporza im Augenblick einen Entwurf über die  
ober-schlesische Frage ausarbeite, dessen An-  
nahme sowohl für Polen als auch für Frankreich möglich sei.

In den Kreisen in Belgien und London sind die Wäh-  
lungen von den Anhängern des polnischen und auf den Befehl  
meist die polnische Flagge. Die Eisenbahnbeamten müssen  
den polnischen Adler an der Mütze tragen. Im Gruben-  
bezirk von Rohnit herrscht unter den deutschen Beamten  
größte Erregung. Sie werden gezwungen, sich stündlich beim  
Ordnungsbeamten zu melden, desgleichen die Lehrer. Auf  
der Station Loslan wurde gestern abend ein Zug mit 600  
Deutschen angehalten. Diese wurden herausgeholt und  
einem Internierungslager zugeführt. Die Stadt Rohnit  
ist von Insurgenten frei aber streng abgeperrt, jedoch es  
nicht möglich ist, in die Stadt zu gelangen. In Charlotten-  
grube sind alle Verwaltungsstellen in polnischer Hand. Von  
hier aus gehen nach wie vor Verhaftungen zur Kampagne  
bei Kenda ab.

### Lloyd George über Oberschlesien.

Deutsche Ermahnungen über den Kanal. — Ultimatum der  
Alliierten an Koriantz.

Lloyd George machte einem Vertreter von Reuters fol-  
gende Darlegungen: Ich habe an der Erklärung, die ich im  
Antragsheft bezüglich Oberschlesiens abgegeben habe, fest-  
halten kann ich nur für das die Verantwortung über-  
nehmen, was ich wirklich gesagt habe, nicht für die verstim-  
mten und verdrehten Berichte der französischen Presse. Die  
nabezu einmütige Zustimmung der amerikanischen und ita-  
lienischen sowohl, als auch der englischen Presse zu den von  
mir bei jener Gelegenheit zum Ausdruck gebrachten Gefühlen  
zeigt, daß die großen Mächte, die im Kriege an der Seite  
Frankreichs standen, den Vertrag von Versailles in fairer  
Weise auslegen beabsichtigen. Ich war niemals Zeuge einer  
derartigen Einmütigkeit in irgendeiner Frage. Alle Richtun-  
gen der öffentlichen Meinungen in diesen drei Ländern  
nehmen denselben Standpunkt ein. Es wäre unglücklich, wenn  
die französische Presse einen anderen Standpunkt einnehmen  
sollte. Aber wir müssen gegenüber Meinungsverschieden-  
heiten unter uns duldsam sein. Ich möchte der französi-  
schen Presse mit allem Respekt sagen, daß die Gewohnheit,  
einen jeden Meinungsäußerung eines Alliierten, der nicht mit  
der eigenen Meinung übereinstimmt, als Ungerechtigkeit zu  
behandeln, unheilbringend ist.

Wenn diese Geistesverengung andauern sollte, so wird  
sie für die Entente unheilvoll sein. Der Standpunkt, den  
die englische, amerikanische und die italienische Presse in  
der ober-schlesischen Frage eingenommen hat, sollte Frankreich  
nur natürlich sein. Es steht zum Vertrag von Versailles  
und will die Bestimmungen des Vertrages gerecht anwen-  
den, ob sie nun für oder gegen Deutschland ausfallen. Das  
Schicksal Oberschlesiens muß durch den Obersten Rat ent-  
schieden werden, nicht durch Koriantz. Es darf den Kindern  
des Vertrages nicht gestattet werden, ungehört in Europa  
Forderungen zu stellen. — Jemand muß ihnen die zugehö-  
rige Hand entgegen. Andererseits wird es ständig Schwierig-  
keiten geben. Der Lauf der Welt in den kommenden Jahren  
kann nicht vorausgesehen werden.

### Die Nebel vor uns sind dichter als gewöhnlich.

Wiel wird von dem Zusammenfallen der Alliierten ab-  
hängen. Außer den aus dem Vertrag sich ergebenden Ver-  
pflichtungen müssen Ereignisse, die nicht vorausgesehen  
werden können, die zukünftige Gruppierung der Nationen  
bestimmen. Die Zukunft der Welt, insbesondere Europas,  
wird durch die alte oder neue Freundschaft bestimmt.  
Unter diesen Umständen ist der Vertrag von Versailles ein

Dokument von unendlicher Bedeutung, besonders für die  
Nationen der Entente. Er bindet uns zusammen, wo es  
so viel gilt, und uns trennt.

Diejenigen, die die Bestimmungen des Vertrages behandeln,  
als ob sie ein Sport für Leidenschaftlichen und Vorurteile wären,  
brauchen nicht lange zu leben, um ihre Unfähigkeit zu bedauern.  
Das englische Volk entzieht sich keinem Teile seiner Verantwort-  
lichkeit aus dem Vertrag. Vorübergehende Schwierigkeiten er-  
weisen, aber die Schwerkraft der Entente werden, wie ich vertrauensvoll schon jetzt annehme, bald vorüber  
sein, und ich mache auf die Tatsache aufmerksam, daß wir auf der  
jüngsten Konferenz unsere Bereitwilligkeit kundgegeben haben,  
unser Fleiß, falls Deutschland die Bestimmungen der Alliierten  
nicht annehmen würde, den Alliierten für jede militärische Opera-  
tion zur Verfügung zu stellen, über die beschlossene werden würde.  
Die britische Regierung war bereit, die Frage einer Teilung  
Schlesiens auf der Londoner Konferenz zu regeln. Alle Tatsachen  
der Volksabstimmung waren bekannt.

Andere Bundesgenossen waren aber nicht bereit, mit der Be-  
sprechung fortzufahren. Wir werden treu zu der Entscheidung  
bleiben, die von der Mehrheit der Mächte getroffen werden wird,  
die auf Grund des Vertrages bei der Festlegung der schlesischen  
Grenze eine Stimme haben, wie auch immer der Spruch lauten  
mög. Wir nehmen die Volksabstimmung als Ausdruck der Wünsche  
der Bevölkerung Schlesiens an. Da wir aber von dem Krieg  
eingetreten sind und für die Beilegung des alten Vertrages,  
an dem unser Land beteiligt war, gewaltige Verluste erlitten  
haben, kann Großbritannien nicht einwilligen, dabei zuzusehen, wäh-  
rend auf dem Vertrag, von seinem Vertreter vor weniger als zwei  
Jahren unterzeichnet haben, herumgetreten wird.

### Warschau rückt von Koriantz ab.

Zwei Tage hindurch beratschlagte der polnische  
Minister rat über die Stellungnahme der Regierung zur  
ober-schlesischen Frage und insbesondere zur jüngsten Rede  
Lloyd Georges. Das Resultat dieser Beratungen wird eine  
Erklärung des Premierministers Witos sein, die dieser morgen in der  
Landtagssitzung abgeben wird. Die endgültige Redaktion der  
Erklärung soll in der heutigen  
Kabinettsitzung erfolgen, der aber der jenseits aus London  
und Paris zurückgeforderte Außenminister Zyrski seine  
Ansichten mitteilen wird. Soweit schon jetzt feststeht, wird Witos  
sich nicht mit einer kurzen Erklärung begnügen, sondern  
nach einem historischen Rückblick Lloyd Georges Aus-  
sagenheiten Punkt für Punkt (man spricht von 16 Einzel-  
punkten) beantworten. Es heißt, daß die Regierungser-  
klärung bei aller Wahrung der polnischen Behauptung,  
daß Oberschlesien ursprünglich polnisch gewesen sei und dies  
zum größten Teil auch geblieben sei, nicht nur in bin-  
den der Form festlich jede Kenntnis der polnischen Regierung  
von dem sich vorbereitenden Auf-  
stand verneinen, sondern in ebenso unzweideutiger  
Weise von Koriantz abriden wird.

Es wird auch behauptet, Premierminister Witos habe  
vorgezogen an der polnischen ober-schlesischen Grenze  
gewalt und dort mit Führern der Aufständischen sich unter-  
halten, von denen er zunächst umgehende Berührung im  
Aufstandsbetrieb gefordert habe. In Unterhaltungen mit  
hiesigen antipolnischen Personen gewann ich den Eindruck, daß  
man von Regierungsseite ernstlich ge-  
willt wäre, Koriantzs Aktion gänzlich zu  
liquidieren, aber allem Anschein nach hat die War-  
sauer Regierung tatsächlich keine Macht über Koriantz  
oder vielmehr über dessen Unterführer, die sich all-  
mählich in die Rolle roher mittelalterlicher Konquistadoren  
hineinleben und jetzt weder nach Koriantz noch  
dem „Oberbefehlsherrn“ Doliva sagen. Namentlich  
soll sich der „Führer der Gruppe D“, ein gewisser  
Pawel, bereits völlig emancipiert haben und eine eigene  
Politik treiben. Leider läßt sich nicht die Befürchtung aus-  
der Welt schaffen, daß der Aufstand, wenn er nicht durch  
bald unterdrückt werden sollte, binnen kurzem in eine Reihe  
von Teil-Warhagen zerfallen dürfte. Hierin liegt  
eine noch ernstere Gefahr als in Koriantzs Abenteuer.

### Koriantz bereit, die „Koffer zu packen“.

Dr. Reuten, 18. Mai. (Via Drahtnachricht). Der Berliner  
Korrespondent der „Daily News“ hat sich nach Oberschlesien be-  
geben, um aus eigener Anschauung sich ein Bild von der gegen-  
wärtigen Lage zu machen. Es gelang ihm, Koriantz in seinem  
Dauertourist zu treffen, worüber er folgendes berichtet:  
„Lloyd Georges unerwartete Erklärung im Unterhause über  
die ober-schlesische Frage schien auf die Anhänglichen und die  
Führer konzentriert gewirkt zu haben. Ich sah im Automobi-  
l nach Schkopps, einer Driltsch auf der polnischen Grenze, wo sich  
das Hauptquartier der Insurgenten-Armee befindet, um aus Kor-  
iantzs Munde zu erfahren, wie er über die Wärrt mindestens  
zwei der alliierten Mächte urteilt, über seine Ansprüche zur Tages-  
ordnung überzugehen. Koriantz schien mir ängstlich und be-  
zweifelt. Er war keineswegs mehr der selbstbewusste politische Ma-  
tador, als den ich ihn noch am Vorabend der Abstimmung kennen  
lernte. Koriantz sagte mir:

„Ich werde keinen Versuch machen, irgendeiner Entscheidung  
mich zu widersetzen, zu der die Alliierten hinsichtlich der Zukunft  
Oberschlesiens gelangen. Auch habe ich Vertrauen in ihre Ge-  
rechtigkeit; sollte aber mein Vertrauen als falsch erweisen  
und die Wünsche der Ober-schlesier unerschütterlich bleiben, also  
das ganze Gebiet mit Ausnahme der Kreise Wles und Rohnit  
in Deutschland gegeben werden, so werde ich meinen Vorken  
niederlegen, meinen Koffer packen und nach Hause gehen.“

Der englische Korrespondent richtete darauf die Frage an  
Koriantz: „Und wie sieht Ihre Insurgentenarmee dazu?“ Die



Ist dem Angeklagten darüber keinerlei Gericht zu Ohren gekommen? Hat sich der Angeklagte über Gruffer denn nicht erkundigt?

Angek.: Nein. Derartige Gerichte habe ich nicht vernommen. Ich habe mich auch nicht über die Persönlichkeit Gruffers erkundigt. Ich gebe zu, daß das ein Fehler war, ich müßte nur von Gruffer, daß er im Auslande wohnte, im übrigen bin ich Soldat und kein Geschäftsmann.

Als erster Zeuge wurde Zollinspektor Wilsch zu vernommen. Der Zeuge sagt aus: Meiner Behörde war bekannt geworden, daß die Filiale des Bankhauses Gruffer in der Hofstraße, welche seit Ende 1919 bestanden, Geschäfts machte, die nicht mit den Geleisen in Verbindung standen. Die Witterungen, die wir erlitten, veranlaßten mich daran, daß am 13. November 1920 auf Anordnung der Staatsanwaltschaft eine Durchsicht der Räume des Bankhauses vorgenommen wurde. Bei dieser Gelegenheit wurde eine Tafel gefunden, die nach den aufgestellten Meßstab an Tage vorher über die holländische Grenze gebracht worden war und zwar von Frau Gruffer und ihrer Tochter. Diese Tafel enthielt eine große Anzahl von Papieren; die den Verdict bestätigten, daß von der Firma große Mengen von Papieren und Effekten über die holländische Grenze gebracht worden waren. Aus den Papieren ging auch hervor, daß bei der Firma ein Konto „Friedrich Wilsch“ bestand. Es wurden auch in der Filiale des Bankhauses geheime Bücher mit geheimen Nummern und eine geheime Liste gefunden, aus der ich abermals ergab, daß ein Konto „Fritz von Cittel“ bestand. Auf welche Weise die Effekten und Papiere über die Grenze gebracht worden sind, ging nicht aus den gefundenen Papieren hervor. Wahrscheinlich ließ sich Gruffer die Werte geben, zahlte sie auf seinen Namen bei einer Berliner Bank ein und konnte sie so leicht als Ausländer nach Holland schaffen. Diese Transaktionen hat Gruffer in vielen Fällen gemacht. Es fand eine große Anzahl von namhaften Personen mit Gruffer in Verbindung. Eine Reihe von Fällen — etwa 18 oder 19 — sind von der Staatsanwaltschaft durch Strafbefehle erledigt worden. Nähere Einzelheiten sind mir nicht bekannt. Es wird dann der Sekretär des angeklagten Prinzen, Franz Wergin, vernommen.

Nachdem der Vorsitzende durch Befragen festgestellt hat, daß weitere Fragen aus den Zeugen nicht zu stellen sind, schließt er die Beweisaufnahme.

### Der Antrag des Staatsanwalts.

Zum Strafmaß führte der Staatsanwalt folgendes aus: Es kann selbstverständlich gegen den Angeklagten nur eine Geldstrafe in Frage kommen, jedoch darf diese nicht zu gering bemessen werden. Es muß die Stellung und die Vermögensverhältnisse des Angeklagten in Betracht gezogen werden. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß dem Angeklagten erhebliche Milderungsgründe zur Seite standen. Er konnte mit der Möglichkeit eines neuen Umstuzes rechnen, der radikaler Parteien aus Ruder brachte, die nachher voringen, ohne sich an die Gesetze zu halten. Ich beantrage daher gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 15 000 Mark, im Mindestfalle ist für je 15 Mark ein Tag Gefängnis einzusetzen. Außerdem beantrage ich, die hinterlassenen Summen in dem Reich verfallen zu erklären.

Hierauf gelangen die beiden Verteidiger des Angeklagten zu Worte: Sie bekämpfen die Rechtsgültigkeit der Verordnung der Volksbeauftragten. Diese Verordnung sei nicht legalisiert worden, infolgedessen ungültig.

### Das Urteil.

Prinz Cittel Friedrich wurde mit Rücksicht darauf, daß er die Tat nicht aus eigenmächtigen ehrenrührigen Motiven begangen habe, zu 5000 Mark Geldstrafe verurteilt.

## Die Maßnahmen zur Ausführung des Ultimatus.

Man ist in allen Reichsämtern lebhaft an der Arbeit, die vorbereitenden Maßnahmen zwecks Durchführung der Forderungen des Ententeultimatus mit Beschleunigung zum Abschlusse zu bringen. Dies gilt namentlich von den erforderlichen gesetzgeberischen Vorarbeiten. Nach Informationen der „Welt“ ist neben der Korrektur des Reichswahlgesetzes ein „Gesetzentwurf über die Erprobung und über die damit zusammenhängenden Fragen in Ausarbeitung, die in der Hand aber hierfür zuständigen Ministerien liegt. Was die finanzielle Seite der Ausführung des Ententeultimatus anlangt, so hat das Reich bereits mit den Banken die Forderung über die Realisierung der 12 Milliarden Schatzbonds aufgenommen. Das ferner 150 Millionen Goldmark leitens der Reichsregierung als Teilzahlung auf die fällige 1-Milliardenzahlung bereitgestellt wurde, wurde schon bekanntgegeben. Es darf wohl angenommen werden, daß die Reparationskommission diese Teilzahlung auch akzeptieren wird. Auch hinsichtlich der Wiederbaupläne ist man einen zähen Schritt vorwärts gekommen. Frankreich hat das deutsche Angebot auf Lieferung von 25 000 Holzträgern angenommen, deren Herstellung unmittelbar in Angriff genommen worden ist.

## Halle und Umgebung.

Halle, den 19. Mai 1921.

### Erfolgreiche Bemühungen des Rentnerbundes.

Der Deutsche Rentnerbund Landesverband der Provinz Sachsen hatte durch seinen Vorsitzenden, Herrn Rentier Robert Somburg, am 1. März d. J. an die in Frage kommenden Reichs- und Landesbehörden Eingaben gerichtet, daß die Gerichtsgebühren und Stempelgebühren von Witwen, Waisen und Verwaissenen als Stempelbefreiung für sinlos angesehen werden sollten. Diese Anträge sind in fast allen Fällen durch die Bemühungen der zuständigen Reichs- und Landesbehörden, insbesondere des Herrn Abg. Dellius, durch Staatsministerium, durch die Herren v. S. v. Wits, den Finanzminister und mich ermöglicht, Gerichtsgebühren und Landesstempelgebühren, die für Verpfändungen von Hypotheken und Verpauwenen zwecks Sicherstellung für sinlos angesehen werden sollten, als Stempelbefreiung für sinlos angesehen werden. Die Bemühungen der Reichs- und Landesbehörden sind in fast allen Fällen durch die Bemühungen der zuständigen Reichs- und Landesbehörden, insbesondere des Herrn Abg. Dellius, durch Staatsministerium, durch die Herren v. S. v. Wits, den Finanzminister und mich ermöglicht, Gerichtsgebühren und Landesstempelgebühren, die für Verpfändungen von Hypotheken und Verpauwenen zwecks Sicherstellung für sinlos angesehen werden sollten, als Stempelbefreiung für sinlos angesehen werden. Die Bemühungen der Reichs- und Landesbehörden sind in fast allen Fällen durch die Bemühungen der zuständigen Reichs- und Landesbehörden, insbesondere des Herrn Abg. Dellius, durch Staatsministerium, durch die Herren v. S. v. Wits, den Finanzminister und mich ermöglicht, Gerichtsgebühren und Landesstempelgebühren, die für Verpfändungen von Hypotheken und Verpauwenen zwecks Sicherstellung für sinlos angesehen werden sollten, als Stempelbefreiung für sinlos angesehen werden.

Bundesfinanzminister zur Rücksichtnahme oder Erstattung erwidern? Soweit die Ermächtigung der Reichsbehörden erbeten war, konnte dem Antrage nicht entsprochen werden.

## Eiserne Kreuze 1. und 2. Klasse.

### Dienstauszeichnungen, Kriegsverdienstkreuze.

Von amtlicher Stelle wird ausgeschrieben: Bei der 4. Division (Wehrkreiskommando IM) in Dresden stehen fortgesetzt Anträge in überaus großer Zahl ein, in denen Erfindungsleistungen nach dem Stand der Bearbeitungen von Anträgen auf Verleihung von Orden und Auszeichnungen.

Da die Erlebensdauer dieser Anträge außerordentlich betrübend ist und die ordnungsmäßige Bearbeitung der noch vorliegenden bis zum festgesetzten Termin eingereichten Tausende von Anträgen fast beeinträchtigt, sieht sich die Division, auch im Hinblick auf die abnehmende Leistungsfähigkeit des Personals, zu ihrem Bedauern gezwungen, von der Bearbeitung solcher Anträge namentlich abzusehen. Die vorliegenden Anträge werden so schnell als möglich erledigt.

Die Geschwäher erhalten dann entsprechende Nachricht von der Geschwäher. Dieser Selbst ist ein unangenehm. Einmal weitere Schritte sind auszuführen. Die Geschwäher müssen deshalb zurückgemeldet werden. Sollten sich die Geschwäher an das für Entschädigung von Ordensanträgen zuständige Kreisbüro Staatsministerium wenden, so werden die Schreiben auch von dort zurückgemeldet.

Der Geschwäher für Entschädigung von Ordensanträgen ist verfahren. Ausnahmen sind grundsätzlich nicht zulässig. Berücksichtigung finden nur die Gesetze von Kriegesereignissen, die innerhalb 3 Monate nach Rückkehr gestellt sind.

Bei dieser Gelegenheit wird bemerkt, daß für sächsische Auszeichnungen die Dienstauszeichnungen für sächsische Kriegesangehöriger der Landeskommandant von Sachsen in Dresden zuständig ist. Die bei der Division eingegangenen Anträge dieser Art sind an den Landeskommandanten von Sachsen weiterzugeben.

### Sondergericht Halle.

Albert Kottig, geb. 25. April 1895 in Gräbers, Schamacher, war Arbeiter in Leuna, ist dort als Maler bei 9. Kompanie der Polizei tätig gewesen worden. Er bekam sieben Monate Gefängnis.

Otto Speck aus Ammendorf, Mauerer in Leuna, hat unter Verbalung eine Revolver- und Bedrohungs mit Erbschneidern sowie Verhaftung seines Fahrradbesitzes in Rodewitz mit Bewußt unterzeichnet rote Partei zur Vorbereitung nach Dömitz erhalten. Er verurteilt ist inbald nach Dömitz, was durch Zeugenaussagen erhärtet wurde. Und zwar durch einen jungen Mann aus Dömitz, der nicht lesen kann, trotzdem er regelt die Schule besucht hat. „Ich kann nichts dafür!“ rief er unter allgemeinem Gelächern aus und der Vorsitzende meinte nicht absondern eine solche nicht allein der Schuldige, sondern auf dem modernen Papierdece verma der ungenügend lönst gewesene Zeuge indessen zu erkennen. — Das Gericht sprach Otto Speck frei.

In einer Sitzung des Handwerker-Meister-Rates sprach der Vorsitzende, Meister K. L. e. m. n., über die Höhe des Handwerkers, die, wenn nicht bald eine Besserung eintritt, zum Ruin des Handwerkers führen müssen. Die Steuerprogression des Reiches, die einen großen Teil der Lasten auf die Gemeinden überträgt, die dann wieder ganz besonders den Handwerker und Grundbesitzer im Übermaß zur Bedrückung der Steuern verurteilt, werde den Handwerker in der Handlung der Handwerker zur ungenügendsten Realisierung werde ein neuer Druck ausgeübt. All diese ungeheure Belastung zwingen das Handwerk zu Gegenmaßnahmen, und man glaubt, in der Forderung einer Pensionserhöhung des Handwerkers ein Mittel zum Schutz des Handwerkers zu haben. Selbstverständlich können die Pensionen nicht allein der Handwerker werden, sondern sie müssen auch die Handwerker erhebliche Zuschüsse leisten. An einem Beispiele führte der Vorsitzende an, in welcher Weise der Plan der Pension ausgeführt werden könne. Der Handwerker hat jährlich eine Summe von 100, 200 oder 300 Mark, je nach seiner Leistungsfähigkeit, zu entrichten, der Staat nicht absondern eine solche nicht allein der Schuldige, sondern auf dem modernen Papierdece verma der ungenügend lönst gewesene Zeuge indessen zu erkennen. — Das Gericht sprach Otto Speck frei.

Verhandlung der Volksbeamtinnen in Düsseldorf. Aus der Halle der in Frage der unethischen Mutterpflicht der Volk- und Lehrerinnenbestimmungen herauszuführen. Nach erörterter Debatte stellte sich der Verbandstag mit erdrückender Mehrheit auf der Boden einer Entschleunigung, der die Bemühungen des Verbandes voran zu fördern der zur verallgemeinernden Unternehmung der Volk- und Lehrerinnenbestimmungen herauszuführen. Gegen die Absicht, in dieser Frage für Volk- und Lehrerinnenbestimmungen Sonderbestimmungen zu treffen, müßte energig Einpruch erhoben werden. Im Zusammenhang damit wurde erneut dringend die endliche Gewährung einer Abfindung für die Volk- und Lehrerinnenbestimmungen gefordert. Nach der letzten erfolgten Reichsgerichtsentcheidung dürften alle granzahligen Vorkämpfer des Reichsfinanzministeriums oceanitänisch geworden sein. Weiter wurde der Verbandstag beauftragt, die arabischen Volksbeamtinnen in der Hebernahme der Volk- und Lehrerinnenbestimmungen zu unterstützen. In einer Sonderbesitzung finden 3. B. 185 dort beschließige Beamtinnen noch immer über 800 Dollars im October. Gegen die im Fernsprechbüreau übliche entwürdigende Gebührentabelle wurde energig Stellung genommen und ihre baldmöglichste Abschaffung gefordert. Die Einrichtung von Krankenversicherungen ist nach der gegenwärtigen Verhältnisse immer noch nicht überall durchgeführt. Es ist sehr zu wünschen, daß die Erde geleitet werden können. Für die Beamtinnen zu menschenwürdiger Zustände muß eine Geldmittel fällige gemacht werden. Ein Verlangen der Beamtinnen, die sich selbstbestimmenden Schicksal der ersten Verbandstag, der Volksbeamtinnen (Berlin), fand die Tagung in später Abendstunden ihr Ende. Der nächste Verbandstag, der mit der Feier des schmerzlichen Todes des Verbandes zusammenfällt, findet im Jahre 1922 in Berlin statt.

Aus dem Zoologischen Garten. Unter den neu eingetroffenen Tieren befinden sich auch eine Reihe von Affen. Zunächst sind es die Bekannten schon bekannten Affenaffen aus Vorderindien, eine seltene Gattung, die durch ihre hübschen, besondern Bewegungen und durch ihre innere wärenden Palgerien untereinander oft große Heiterkeit bei den Besuchern erregen. Weiter befinden sich unter den Neuankommenden eine gute Meerkatze. Die Meerkatzen sind Bewohner der afrikanischen Wälder, fast ausschließlich Baumbewohner. In größeren Bänden teilen sie sich kletternd und kletternd mit außerordentlich Geschwindigkeit in den höchsten Wipfeln der Bäume umher. Sie gehören mit zu den beweglichsten und lustigsten Affen.

Beim Überfliegen der Eintrichtung der Gaudard Schöne durch einen 14 Jahre alten Knaben, welcher sich derselben auf dem rechten Unterarm, daß er dem Elfenbein-Kranenbaue zu geliebt werden müßte.

Der 17. Bezirks-Schiedsricht der Provinz Sachsen, der Freihaaren Anhalt und Saalkreis sowie der wirtschaftlichen Vereinigung des Bezirksverbandes findet am 21. und 22. Mai in „Schumanns Garten“ zu Weisenfels statt. Am Sonnabend nachmittag 4 Uhr vereinnigt sich der Geländevorstand zu einer Sitzung. Die Hauptversammlung wird Sonntag vormittag 10 Uhr abgehalten.

## Familien-Nachrichten.

Geboren: Studienassessor Karl Brodmann, Magdeburg (S.) Oberleutnant a. D. Ernst Bremer, Halle (L.). Verlobte: Mariäden, Hamburg — Lehrer Hans Weigel, Sangerhausen. Frida Lorenz, Sangerhausen — Alfred Reib, Berlin. Elfriede Hölmann, Zeitz — stud. med. Heinrich Rabus, Hannover. Martha Stiermann — Franz Steinfort, Halle. Grila Kemnitz — Martin Wählich, Halle. Martin Hoffmann, Otto Gröhler, Halle. Gustav Schulze — Oberleutnant a. D. Alfred Schulze, Halle. Frida Schirmer geb. Kreutzmann, Dobitz — Fritz Reimold, Rottelsdorf. Vermählte: Studienassessor Wendt — Willi Höpner, Sangerhausen. Willi Weichert — Helene Schärfe, Halle. Kurt Weichert — Margarete Weichert, Gröden. Gelehrter Privatdozent Ado Rabus, Torgau. Heinrich Sellmuth, Torgau (88 J.). Clara Haase geb. Heintemann, Schönebeck (88 J.). Minna Dehn geb. Kramer, Götzen (88 J.). Frau verw. Redmanns Wittwe Elise Heil geb. Sartorius, Halle (89 J.). Landbesitzer Gustav Ledwith jun., Halle. Frau Cecilie Gellert geb. Schmidt, Halle (87 J.). Helene Wittkötter, Halle (88 J.). Frau Julie Seifert geb. Heilshausen, Halle (88 J.). Frau Marie Gerdie geb. Dorst, Halle.

## Kunst und Wissenschaft.

Kabindranath Tagore in Deutschland. Aus Darmstadt wird berichtet: Der indische Dichter Kabindranath Tagore, der zum Besuch des Grafen Keyserling hier eingetroffen war, hat sich nach Stodholm begeben und lebt in 20 Tagen zurück, um mit seinen Begleitern sein Quartier für drei Wochen in Darmstadt aufzuschlagen. Er wird in dieser Zeit an der „Schule der Weisheit“ wirken. Auf der Rückreise wird Kabindranath Tagore aus Berlin verdrängen. Aus Hamburg wird gemeldet: Tagore ist mit seiner Familie am Dienstag in Hamburg eingetroffen. Tagore bezieht sich nach Friedrichsburg zu einem Besuch bei dem Fürstin von Bismarck; dann wird er nach Stockholm weiterreisen, um einer Einladung des Königs von Schweden Folge zu leisten.

## Hochschulnachrichten.

Für den Lehrstuhl der Archäologie an der Göttinger Universität (an Stelle des Geh. Hofrat/Prof. Dr. Sommerfeld) ist der Bonner Privatdozent Dr. Emanuel Hirsch in Aussicht genommen. — Zum Hofrat des Geh. Rates Prof. J. Strube auf dem Lehrstuhl der Astronomie an der Universität Berlin sowie in der Leitung der Universitäts-Sternwarte zu Neubabelsberg der a. o. Professor ebendort Professor Dr. Stern wurde Dr. Paul Gutzwiller in Aussicht genommen. — Durch Entschleunigung des Württ. Staatspräsidenten vom 20. April dieses Jahres sind der ordentliche Professor für deutsche Philologie der Universität Tübingen Dr. J. Schneider zum ordentlichen Mitglied und stellvertretenden Vorsitzenden, der Verlagsbuchhändler Paul Schumann, Leipzig, der Firma J. Engelhorn Nachf. in Stuttgart, zum ordentlichen Mitglied, und der Vermessungsinspektor Julius Steinbrunn, Leiter der Kupferhütte des Württ. Statistischen Landesamtes in Stuttgart, zum stellvertretenden Mitglied der Sachverständigen-Kammer für Werke der Literatur für Württemberg, Baden und Hessen ernannt worden. Die Genannten ergehen die erforderlichen Professor Dr. Hermann B. Fischer, Verlagsbuchhändler Dr. Paul Gieseler und Hofrat Dr. Geiger. — Der außerordentliche Professor der Zoologischen Anatomie Dr. med. Edgar von Gierke, seit längerer Zeit als Professor am städtischen Krankenhaus in Karlsruhe tätig, hat auf die venia legendi in der medizinischen Fakultät der Universität Freiburg berichtigt.

## Provinzial-Nachrichten.

8. Göttingen, 18. Mai. (Euffen) Stadtverordnetenversammlung. Der mehrheitlichste Stadivizeordnete Hermann der insolge Trunkenheit mehrfach die Sitzungen feierte, sein Stadivizeordnetenmandat niederlegte. — Dejan, 18. Mai. (560 Morgen Wald) Waldbrand verhängt. Am 1. Aprilfeuerkatastrophe am prunklichem Gebiete, dicht an der anhaltischen Grenze, nordöstlich des Waldortes Sollnis, ein Waldbrand aus, der infolge der großen Trockenheit und des ziemlich kräftigen Windes schnell um sich griff. Die Brandfläche betrug etwa 8 Hektar und die in Frage stehende Fläche vor etwa 14 Tagen ein Waldbrand auf prunklichem und anhaltischen Gebiet nahezu 800 Morgen wertvollen Kiefernbestandes vernichtet, zwischen Sollnis und dem sogenannten Raven, nicht allzufern von dem Forstrevier Schwarzer Stamm. Die Einheitsunterlage ist wohl auch diesmal in leistungsfähiger Fortsetzung durch den Brand, die hiesige und die in Frage stehende Forstrevier fürsten auf anhaltischem Gebiet sind diesmal nur etwa 60 Morgen 10 bis 15 Hektarigen Kiefernbestandes vernichtet, während auf prunklichem Seite nach bisheriger Schätzung etwa 500 Morgen niederbrannten.

8. Göttingen, 18. Mai. (Ein Stadion) Der Plan in der Bornischen Aus ein Stadion zu errichten, ist der hohen Kosten wegen, die mindestens 1½ Millionen Mark betragen würden, fallen gelassen worden. Das Gelände wurde auf zehn Jahre als Weide verpachtet.

8. Göttingen, 18. Mai. (Ein Großfeuer) hat in der Pfingstnacht die umfangreichen Hinterhöfe von fünf Gehöften unteren Eobens und in der Dommitzstraße eingegriffen. Anhängen ist durch ein achtes wagemutigen Streichholz am Sonnabend abend in der Garbenniederlage der Drogerie Wandorf der Brand entstanden, hat die Nacht über fortgeschritten und dann an den Del., Heilmittel- und Garbenniederlage die Nachbarn gefährdet. Die hiesige und die in Frage stehende Forstrevier konnte nicht hindern, daß auch die Forstrevierrevier der Bäcker Heber, des Garbenniederlage Wienede, der Zigarrenfabrik Geibel, der Wärdensabrik Dahlen und des Gohlfos Wölbens von den Flammen ergriffen wurden. Der Gebäude- und Sachschaden wird auf rund eine halbe Million geschätzt. Besonders schwer betroffen sind mehrere Wirtschaften, die in den Hinterhöfen untergebracht inmitten.

8. Göttingen, 18. Mai. (Tom Kubisbursche) ein Gelehrter ist am ersten September ein nach Wanderoperari gefesteter junger Mensch, dessen Verbleib seitdem unbekannt ist. Obwohl die Geend unversichtlich abgesetzt wurde, hat sich doch keine Spur von ihm finden lassen. Es wird berichtet, daß der Verurteilte in dem Saale ungenutzt ist.

8. Göttingen, 18. Mai. (Ein unglücklicher Ehegatte) Schon vor einigen Tagen hier ein Arbeiter auf eine im Südteil der Stadt in Stellung befindliche Frau ein Attentat geplant, das durch das rasige Durchbrechen der Polizei verhindert worden war. Nun hat er seinen Verbleib wiederholt und auf die Frau, auf der er sich beruhte, mehrere Schüsse abgegeben, die aber erfolglos waren. Er ist durch sich selbst einen Kugel in die linke Brustkugel und mühte sich rasche Kranenhaus eingeliefert werden. Die Verlesung soll nicht lebensgefährlich sein.

